

Regelung über das Verfahren zur Vergabe von Leistungsbezügen für besondere Leistungen

Anlage zur „Richtlinie der Pädagogischen Hochschule Heidelberg über die Vergabe von Leistungsbezügen gem. § 38 LBesG, Forschungs- und Lehrzulagen gem. § 60 LBesG sowie Zulagen für Juniorprofessorinnen und – professoren gem. § 59 LBesG“ vom 27.10.2020.

Mit den nachstehenden Festlegungen wird das Verfahren der Vergabe von Leistungsbezügen gem. §§ 3 und 4 der o.g. Richtlinie in Abänderung der bisherigen Regelungen wie folgt geregelt:

1. Die Hochschule kann für besondere, im zurückliegenden Zeitraum erbrachte Leistungen in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung Leistungsbezüge vergeben. Dies erfolgt in der Regel einmal jährlich und in vier Stufen:

Stufe 1: 200 € Leistungen, die über die Erfüllung der Dienstplichten in einem Bereich (Lehre, Forschung, Weiterbildung oder Nachwuchsförderung) deutlich hinausgehen.

Stufe 2: 250 € Leistungen, die das Profil des Faches/ der Fakultät in einem der bei Stufe 1 genannten Bereiche nachhaltig mitprägen.

Stufe 3: 350 € Leistungen der Stufe 2 in einem Bereich und zusätzlich Leistungen entsprechend Stufe 1 in einem zweiten Bereich

Stufe 4: 500 € Leistungen, die das Profil der Hochschule als Lehr- und Forschungsinstitution in herausragender Weise mitprägen.

Die Gewährung einer Leistungsstufe setzt die Entfristung der vorangegangenen Stufe voraus. Eine Ausnahme gilt bei einem „Stufensprung“ gem. § 4 Abs. 4 der Richtlinie der Pädagogischen Hochschule Heidelberg über die Vergabe von Leistungsbezügen. Bei Neuberufungen kann ein Leistungsbezug frühestens drei Jahre nach der Berufung beantragt werden.

2. Leistungsbezüge für besondere Leistungen können auch als Einmalzahlung gewährt werden. Eine Einmalzahlung kommt insbesondere in Betracht, wenn die Leistungen zwar ein hohes Niveau erreichen, den Anforderungen einer Leistungsstufe aber noch nicht entsprechen (vgl. § 3 Abs. der entsprechenden Richtlinie).
3. Die monatlichen Beträge sind zu den übrigen monatlich zu zahlenden Bezügen hinzuzurechnen.
4. Der maßgebliche Zeitraum für die darzulegenden Leistungen ist der Zeitraum seit der erstmaligen Bewilligung der vorangegangenen Stufe, bei Neuberufungen i.d.R. mindestens die letzten drei Jahre der Tätigkeit an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

5. Alle Professorinnen und Professoren, die die formalen Voraussetzungen für die Beantragung von Leistungsbezügen erfüllen, werden rechtzeitig darüber informiert.
6. Die jeweilige Leistungsstufe wird auf schriftlichen Antrag einer Professorin oder eines Professors vergeben. Der Antrag ist – i.d.R. zusammen mit dem Antrag auf Entfristung der letzten befristeten Leistungszulage - spätestens bis zum **30. September** eines Jahres formlos und unter Einhaltung des Dienstweges an das Rektorat zu stellen. Über die Anträge entscheidet das Rektorat auf der Basis einer Beschlussempfehlung der Vergabekommission (s. Ziff. 9). Da eine rückwirkende Entfristung und Gewährung von Leistungsstufen allenfalls in besonderen Ausnahmefällen möglich ist, bitten wir, den Antrag zu dem oben genannten Termin zu stellen, der **vor** Ablauf der zuletzt gewährten Leistungsstufe liegt.
7. Dem Antrag beizufügen ist der Selbstreport über den maßgeblichen zurückliegenden Zeitraum. Darin hat die Antragstellerin oder der Antragsteller nachvollziehbar darzulegen, inwiefern in den relevanten Tätigkeitsfeldern entsprechend der unten genannten Reihenfolge besondere Leistungen erbracht wurden. Die geltend gemachten besonderen Leistungen müssen detailliert aufgeführt sein (vgl. Handreichung). Nicht unmittelbar nachvollziehbare Angaben sind zu belegen. Die Belege können im Original oder als Kopie beigelegt werden.
Außerdem ist im Antrag der Zeitraum der zu beurteilenden Leistungen (s. Ziff. 4) anzugeben.

Die genaue Antragsformulierung lautet:

„Für besondere Leistungen im Zeitraum vom..... bis.....in den Bereichen Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung beantrage ich ab (Datum) Leistungsbezüge gem. § 38 Abs. 1 Nr. 2 LBesG BW in der Stufe (Zahl) der Richtlinie über die Vergabe von Leistungsbezügen der Pädagogischen Hochschule Heidelberg vom 30.06.2020.“

Die Darstellung der im zuletzt maßgeblichen Zeitraum erbrachten Leistungen sollte sich an folgender Gliederung orientieren:

- (1) Publikationen (veröffentlicht oder mindestens eingereicht); bitte genaues Literaturverzeichnis beilegen, Rezensionen u.ä. ergänzen
- (2) Wissenschaftspreise (Auszeichnungen, Ehrungen, Förderpreise etc.)
- (3) Über die Lehrverpflichtung hinausgehende Lehrtätigkeit
- (4) Lehrbelastung mit besonderem Betreuungsaufwand
- (5) Lehrevaluation (dem Antrag sind aussagekräftige Beispiele beizulegen, wobei nicht unbedingt das positive Ergebnis der Lehrevaluation, sondern deren Reflexion für die Entwicklung der eigenen Lehre bedeutsam sein kann).
- (6) Einwerbung von Drittmitteln, wissenschaftliches Engagement
- (7) Wissenschaftliche Vorträge,
- (8) Nachwuchsförderung
- (9) Besondere Beiträge u.a. zur Gleichstellung, Diversität und Internationalisierung

Die aufgeführten möglichen Leistungsbereiche sind nicht abschließend und können ergänzt werden.

8. Die Fakultätsvorstände können dem Rektorat für die Vergabe von Leistungsbezügen für besondere Leistungen in der Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung initiativ Vorschläge unterbreiten; das Rektorat ist an diese Vorschläge nicht gebunden.
9. Für die Erarbeitung einer Beschlussvorlage wird ein Gremium (Vergabekommission) gebildet, das sich wie folgt zusammensetzt:
 - Dekaninnen/Dekane der drei Fakultäten,
 - die Gleichstellungsbeauftragte bzw. eine von ihr benannte Vertretung,
 - ein nicht hauptamtliches Mitglied des Rektorats.

Die Vergabekommission bewertet die eingereichten Anträge nach den anerkannten wissenschaftlichen Standards, wie sie z.B. bei Lehr- und Forschungsevaluationen gelten. Dabei prüft sie das Vorliegen der Kriterien entsprechend der Höhe der jeweils beantragten Stufe (vgl. oben Ziffer 1). Maßgeblich sind die jeweiligen besonderen Leistungen, die im zurückliegenden Zeitraum gem. Ziff. 4 bereits erbracht wurden.

Hinsichtlich einer beantragten Entfristung kann die Kommission empfehlen,

1. der Entfristung der betreffenden Leistungsstufe zu entsprechen,
2. die bisherige Leistungsstufe erneut für die Dauer von bis zu drei Jahren befristet zu gewähren oder
3. die betreffende Leistungsstufe nicht weiter zu gewähren.

Hinsichtlich einer beantragten neuen Leistungsstufe hat die Kommission folgende Empfehlungsmöglichkeiten:

1. Vergabe des Leistungsbezugs befristet für drei Jahre (Regelfall, im Einzelfall auch kürzer),
2. anstelle eines monatlichen Leistungsbezugs eine Einmalzahlung in bestimmter Höhe (vgl. oben Ziffer 2), oder
3. eine Nichtgewährung des Leistungsbezugs

Die Kommission erstellt eine Prioritätenliste und formuliert eine entsprechende Beschlussvorlage, die dem Rektorat zur Entscheidung vorgelegt wird.

10. Das Rektorat berät und entscheidet über die Beschlussempfehlungen entsprechend der Geschäftsordnung des Rektorats und unter Hinzuziehung des Vergaberahmens.
11. Alle Antragstellerinnen bzw. Antragsteller erhalten eine Rückmeldung. Ein ablehnender Bescheid wird schriftlich begründet. Auf Wunsch wird der/dem Betroffenen die Entscheidung in einem Gespräch erläutert.
12. Antragstellerinnen bzw. Antragsteller, die nicht berücksichtigt werden konnten, können sich im jeweils folgenden Jahr erneut bewerben. Für alle anderen gilt in der Regel die dreijährige Wartezeit.
13. Über sonstige Anträge (z.B. Leistungsbezüge oder Entfristungen im Rahmen von Berufungs- und Bleibeverhandlungen) entscheiden die hauptamtlichen Mitglieder des Rektorats.